




Wer Rentner quält, wird nicht gewählt!

Ausgleich für die hohen Preissteigerungen

Die Forderungen nach Inflationsausgleich von 3.000 € auch für Rentner*innen ist immer noch berechtigt. Da die Preise nicht sinken, vor allem die Preise für Haushalte mit geringen Renten, muss ein Ausgleich her. Die Fristen für den Pauschalbetrag sind zwar abgelaufen. Dafür muss nun eine passende Ersatzregelung her.

Renten wie in Österreich

Kann das österreichische Rentensystem als Vorbild für eine grundlegende Rentenreform in Deutschland genommen werden? Antwort: Ja!

 Renten wie in Österreich! Jetzt!		
	 armes Deutschland	 reiches Österreich
Altersversorgung		
Durchschnittsrente (2019)		
Männer	1.203 Euro	2.063 Euro
Frauen	873 Euro	1.416 Euro
Mindestsicherung/ Mindestrente	800 bis 1.050 Euro Sozialhilfe/Grundrente	1.167 bis 1.563 Euro je nach Einzahlungsdauer
Renteneintrittsalter	67 Jahre	65 Jahre
Finanzierung - Beitrag	18,6%	22,8%
Arbeitgeberanteil	9,3%	12,55%
Arbeitnehmeranteil	9,3%	10,25%
Gleichbehandlung/ Ungleichbehandlung	- Gesetzl. Rentenversicherte - Beamte - Selbstständige/ Freiberufler - Politiker	Ein System für alle Pensionsharmonisierung
Wirtschaftsleistung (Kaufkraftbereinigt)	ähnliches Niveau:	
Durchschnittslohn (netto – 2019)	25.194 Euro	26.300 Euro
BIP/ Einwohner (2020)	49.803 Euro	52.750 Euro

Umlageverfahren, Sozialstaatszuschüsse und Wirtschaftskraft sind gut vergleichbar.

Das sind unsere Forderungen:

Ausgleich für die Preissteigerungen

Eine dauerhafte Erhöhung der Renten um **drei Entgeltpunkte** (aktuell 120 Euro) pauschal für alle Rentnerinnen und Rentner.

Lebensstandard im Alter erhalten!

Dafür brauchen wir eine Garantie, dass die Renten **mindestens 75 Prozent** des im Arbeitsleben erzielten durchschnittlichen Nettoeinkommens betragen. Das ist möglich, wenn die jährlichen Rentenanwartschaften mit 1,5 Prozent des Bruttoeinkommens festgelegt werden.

Altersarmut verhindern!

Eine Verhinderung von Altersarmut durch **Mindestrenten**, die stets über der Armutsgefährdungsschwelle liegen – aktuell 2024: 1.320 Euro netto.

Gleiches Versorgungsrecht für alle!

Eine **Erwerbstätigenversicherung**, in der alle grundsätzlich gleichbehandelt werden und in der auch z.B. Beamte, Selbstständige und Politiker organisiert sind. Finanziert im Umlageverfahren mit steuerlichen Zuschüssen.

V.i.S.d.P.: RentenZukunft e.V., Postfach 3625,
24035 Kiel

renten-zukunft.de



Wer Rentner quält, wird nicht gewählt!



Eine Initiative der IG Metall Senioren Schleswig-Holstein und RentenZukunft.